

Antrag

**der Abgeordneten Heidi Lippmann, Wolfgang Gehrcke, Uwe Hixsch,
Carsten Hübner, Manfred Müller (Berlin), Dr. Winfried Wolf, Dr. Gregor Gysi
und der Fraktion der PDS**

Zukunft durch Abrüstung – Für eine grundlegende Reform der Bundeswehr

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, der Wiedervereinigung Deutschlands, dem Aufbau demokratischerer Strukturen in Russland und anderen GUS-Staaten und der begonnenen Erweiterung der EU erfreut sich Deutschland, und mit ihm ganz Europa, einer sicherheitspolitischen Lage, die in seiner Geschichte noch nie so günstig war. Andererseits hat sich die Zahl der bewaffneten Konflikte weltweit in den zurückliegenden 10 Jahren deutlich vermehrt. Diese werden bis jetzt überwiegend innerstaatlich ausgetragen und haben Ursachen, die mit militärischen Mitteln nicht zu beseitigen sind: Armut, Hunger, unerträgliche soziale Gegensätze, Ressourcenknappheit, Umweltdegradation und eine Weltwirtschaftsordnung, die einseitig auf die Bedürfnisse der Industriestaaten ausgerichtet ist. Rüstungsexporte tragen zur Verschärfung dieser Konflikte erheblich bei, die in einer zunehmend interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf Deutschland und Europa bleiben werden.

Wenn Sicherheit vor diesem Hintergrund mit militärischen Mitteln erreicht werden soll, wird der falsche Weg beschritten. Wirksame Sicherheitsvorsorge kann Deutschland vor allem mit präventiver Politik betreiben, die dieses Prädikat verdient, indem es mit ressortübergreifenden Lösungsansätzen seinen Beitrag zur Beseitigung der Konfliktursachen leistet und sich offensiv für diesen Weg einsetzt. Die Chancen für eine solche Politik waren noch nie so groß, weil jegliche militärisch relevante Bedrohung von außen fehlt und somit keine Risiken eingegangen werden müssten. Andere Regionen der Welt erwarten von Europa Konzepte für eine auf Gewaltverzicht, gemeinsame Sicherheit, friedlichen Interessenausgleich und die Herrschaft des Rechtes angelegte Weltordnung; eine Weltordnung, in der alle Seiten auf Hegemonieansprüche verzichten.

Anstatt auf diese Weise Verantwortung in der und für die Welt zu übernehmen, hat die Bundesregierung einen außen- und sicherheitspolitischen Kurs eingeschlagen, der diese Erwartungen nachhaltig enttäuschen wird. Sie hat das Neue Strategische Konzept der NATO unterzeichnet, mit dem das Verteidigungsbündnis in ein Instrument zur Durchsetzung der globalen geo-ökonomischen Interessen der USA umgewidmet werden soll. Sie hat sich an dem grundgesetzwidrigen, vom Völkerrecht nicht gedeckten Angriffskrieg gegen die Bundesre-

publik Jugoslawien beteiligt und damit auch den 2+4-Vertrag verletzt. Sie hat die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe der EU maßgeblich betrieben, an der sich die Bundeswehr mit erheblichen Kräften zur militärischen Krisen- und Konfliktbewältigung beteiligen wird. Schließlich hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag „Eckpfeiler der konzeptionellen und planerischen Neuausrichtung der Bundeswehr“ vorgelegt, die die Grundlage für den Umbau der deutschen Streitkräfte zu einer Interventionsarmee im Einklang mit den beim Washingtoner Gipfel 1999 eingegangenen Verpflichtungen bilden sollen. Damit hat die Bundesregierung die über mehr als 40 Jahre entwickelte und praktizierte Kultur der außen- und sicherheitspolitischen Zurückhaltung der Bundesrepublik Deutschland zu Grabe getragen, anstatt unter den Verbündeten für eine solche Politik zu werben und sie selber selbstbewusst fortzuführen. Zugleich wird dem zwingend erforderlichen Ausbau friedlicher Konfliktlösungsmodelle die finanzielle Basis entzogen. Mit der Fortsetzung des Abschreckungsdenkens und der dazugehörigen Hochrüstungspolitik wird ein Weg zur Regelung der Außenbeziehungen beschritten, der seit Jahrhunderten stets mehr Konflikte hervorgerufen hat, als er eindämmen konnte. Beispielhaft hierfür steht der NATO-Krieg gegen Jugoslawien: Zerstörerische Gewalt wurde nicht eingedämmt, sie eskalierte stattdessen. Für die Region wurde keine gerechte und dauerhafte Lösung erreicht.

Im Widerspruch zu ihren Ankündigungen hat die Bundesregierung die Ergebnisse der von ihr eingesetzten Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ nicht zum Gegenstand einer breit angelegten öffentlichen Debatte gemacht, vielmehr deren Bericht innerhalb weniger Tage ad acta gelegt. Die zeitlich parallel dazu durch den Generalinspekteur der Bundeswehr nach dezidierten Vorgaben des Bundesministers der Verteidigung entwickelten Eckwerte für eine Bundeswehrreform wurden binnen Stunden nach ihrer Präsentation vom selben Minister verworfen, da er bereits über ein drittes, vom Planungsstab seines Ministeriums entwickeltes Konzept verfügte, das dann die Grundlage für den Kabinettsbeschluss bildete. Diese Vorgehensweise war der Bedeutung der Thematik völlig unangemessen, weil die in erster Linie Betroffenen, die Soldaten und Soldatinnen einschließlich des in diesem Kontext entlassenen Generalinspektors und die zivilen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bundeswehr zum Spielball machtpolitischer Taktik innerhalb der Bundesregierung degradiert wurden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Umwandlung der Bundeswehr zu einer hochmobilen, über weite Entfernungen einsetzbaren Interventionsarmee zu stoppen;
2. Struktur, Größe, Ausrüstung, Bewaffnung und Selbstverständnis der Bundeswehr strikt am grundgesetzlichen Auftrag der Landes- und ggf. Bündnisverteidigung auszurichten. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die im NATO-Bündnis vereinten Staaten bei Waffensystemen, Personal und Militärbudgets eine vielfache Überlegenheit gegenüber potentiellen Gegnern besitzen, was eine signifikante Reduzierung der militärischen Kapazitäten ohne Sicherheitseinbußen ermöglicht;
3. die bisher nicht gewollte öffentliche Debatte über die Zukunft der Bundeswehr einzuleiten und sie in einen breit angelegten außen- und sicherheitspolitischen Diskurs einzubetten, an dem die maßgeblichen Forschungseinrichtungen innerhalb und außerhalb der Universitäten, die Kirchen und andere gesellschaftlich relevante Gruppen, der Deutsche Bundeswehrverband sowie die Stiftungen der Parteien zu beteiligen sind, bevor Weichenstellungen vorgenommen werden, die nur schwer zu korrigieren sind. Hier-

auf haben die Menschen in Deutschland einen Anspruch, denn sie sind es in erster Linie, die die Konsequenzen einer verfehlten Sicherheitspolitik tragen müssten. Parallel dazu sollte eine parlamentarische Enquetekommission eingerichtet werden, die über Weichenstellungen bis zum Ende des nächsten Jahres beraten sollte;

4. die Streitkräfte innerhalb eines angemessenen Zeitraumes auf – der günstigen sicherheitspolitischen Lage Deutschlands entsprechend – 100 000 Personen zu verkleinern und den Verteidigungsetat im selben Zeitraum um 50 % zu kürzen;
5. den Personalabbau sozialverträglich zu gestalten, indem u. a. freiwerdendes Personal in öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse, auf- bzw. auszubauende zivile Katastrophenschutzeinrichtungen („Green Corps“) und Einrichtungen für zivile Friedensmissionen überführt wird;
6. auf die nukleare Teilhabe zu verzichten und die Strike-Verbände der Luftwaffe aufzulösen, da die moralisch von jeher bedenkliche, angesichts der heutigen Sicherheitslage jedoch verwerfliche Drohung mit atomaren Massenvernichtungsmitteln untragbar geworden ist. Gegenüber den Verbündeten wäre auf den völligen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland zu drängen;
7. die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 außer Kraft zu setzen und mit der Reform der Bundeswehr deutlich zu machen, dass militärische Gewalt kein Mittel deutscher Außenpolitik und militärische Stärke heute kein Mittel mehr der staatlichen Selbstdarstellung nach außen ist. Sie sollte erklären, dass Deutschland sein Gewicht vielmehr mit friedlichen Mitteln in die Weltpolitik einbringen will;
8. die sicherheitspolitisch überflüssige und damit vom Geist des Grundgesetzes nicht mehr getragene, weil nur in existentiellen Notlagen Deutschlands aus ihm begründbare Wehrpflicht aufzuheben. Der Wehrpflicht wohnt kein demokratischer Wert „sui generis“ inne. Ein Zwangsdienst für männliche Jugendliche ist besonders deshalb abzulehnen, weil damit v. a. die Bewältigung der Nachwuchsprobleme der Streitkräfte gewährleistet werden soll. Die Bundeswehr soll überwiegend aus Freiwilligen bestehen, die nur zeitlich befristet Dienst leisten und nur zu einem kleineren Teil aus Berufssoldaten und Berufssoldatinnen;
9. die Bundeswehr so auszurüsten und zu bewaffnen, dass sie strukturell nicht angriffsfähig ist, dadurch überflüssig gewordene Waffensysteme zu verschrotten und eingeleitete Beschaffungsvorhaben für solche Waffensysteme abzubrechen, auch wenn dann Konventionalstrafen fällig würden;
10. ein Amt für Abrüstung und Rüstungskonversion nach amerikanischem Vorbild einzurichten, das den gesamten Prozess der Streitkräftereduzierung und die Umorientierung auf zivile Zwecke konzipiert und unterstützt und als Bindeglied zwischen allen politischen und administrativen Ebenen dient, die von diesem komplexen Prozess betroffen sind. Die durch die Rüstungsreduzierung freiwerdenden Mittel sollten in erheblichem Ausmaße für nationale und internationale Abrüstungs- und Konversionsprogramme zur Verfügung gestellt werden; zum Beispiel zur zivilen Minenräumung, zur Umsetzung des CW-Übereinkommens usw.;
11. die Dislozierung der wesentlich kleineren Bundeswehr in der Fläche zu beenden und die Einheiten und Verbände kostengünstiger in Großstandorten zu stationieren. Zugleich ist die Zahl der Truppenübungsplätze zu reduzieren; auf die Nutzung des Bombenabwurfplatzes in Wittstock (Dosse) ist gänzlich zu verzichten;

12. den Umfang der mobbeordneten Reservisten, der sicherheitspolitischen Lage angemessen, deutlich zu reduzieren und die Zahl der Wehrübungsplätze entsprechend zu verringern;
13. zur Verdeutlichung des Primates der Politik die Inspekture der Teilstreitkräfte aus dem Bundesministerium der Verteidigung auszugliedern und dafür zu sorgen, dass die bislang durch die Teilstreitkräfte weitgehend autonom wahrgenommene Personalführung der Kontrolle durch die politische Leitung des Bundesministeriums unterworfen wird;
14. dafür zu sorgen, dass das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ mit neuem Leben erfüllt wird. Allen Versuchen das Konzept des Grafen Baudissin der „Inneren Führung“ im Sinne zeitlos gültiger soldatischer Tugenden als Sozialtechnologie umzudeuten, muss eine Absage erteilt werden. Mit der Pflege von Traditionen, die sich unkritisch auf vordemokratische Zeiten und die Wehrmacht beziehen, muss Schluss gemacht werden;
15. möglichst rasch eine Gleichstellung aller Soldaten und Soldatinnen in Ost und West in Besoldungs- und Versorgungsfragen sicherzustellen.

Berlin, den 29. September 2000

Heidi Lippmann

Wolfgang Gehrcke

Uwe Hixsch

Carsten Hübner

Manfred Müller (Berlin)

Dr. Winfried Wolf

Dr. Gregor Gysi und Fraktion